

W

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Von der PDS zur Partei „DIE LINKE.“

- Ausarbeitung -

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages

Verfasser/in: [REDACTED]

Die Entwicklung der PDS seit 2002

Ausarbeitung WD 1 - 3000 - .099/08

Abschluss der Arbeit: 28. Juli 2008

Fachbereich WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik

Telefon: [REDACTED]

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Die Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste sind dazu bestimmt, Mitglieder des Deutschen Bundestages bei der Wahrnehmung des Mandats zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W.

- Zusammenfassung -

Alle politischen Beobachter, die mit dem Ausscheiden der PDS aus dem Bundestag im Jahr 2002 das Projekt einer sozialistischen Partei gesamtdeutschen Zuschnitts endgültig gescheitert sahen, mussten sich eines Besseren belehren lassen: Mit 8,7 Prozent erreichte die Linkspartei.PDS im Jahr 2005 ihr mit Abstand bestes Ergebnis bei gesamtdeutschen Wahlen. Seither ist sie in die Landtage zweier westdeutscher Flächenstaaten eingezogen und inzwischen in insgesamt 11 Landesparlamenten in Fraktionsstärke vertreten.

Der Linkspartei.PDS ist es damit in den letzten drei Jahren gelungen, in Wählerschichten vorzudringen, in denen sie zuvor nur geringe Resonanz gefunden hatte. Ihre neuen Wähler stammen insbesondere aus den Reihen ehemaliger SPD- und Nichtwähler. Linkspartei und SPD sind im früheren Bundesgebiet zu Konkurrenten um ähnlich strukturierte Regionen und gesellschaftliche Schichten geworden. Mehr und mehr nimmt sich die Partei „DIE LINKE.“ im Urteil der Wähler als eine gesamtdeutsche Partei aus, deren Programm sich nicht grundsätzlich von dem der anderen im Bundestag vertretenen Parteien unterscheidet. Gilt den Wahlberechtigten die Linkspartei zunehmend als „normale“ Partei, macht ganz im Gegensatz dazu die politische Wissenschaft in der programmatischen Entwicklung von der PDS zur Partei „DIE LINKE.“ Anzeichen einer stärkeren Radikalisierung aus. Weiterhin strebt „DIE LINKE.“ nach der Transformation der bestehenden Gesellschaft in ein „sozialistisches“ Gemeinwesen, zeichnet sich durch ein allenfalls ambivalentes Verhältnis zur Demokratie aus und hegt eine deutlich erkennbare Abneigung gegen den Parlamentarismus der Bundesrepublik.

Auf die Wahlerfolge der Partei „DIE LINKE.“ haben die etablierten Parteien sehr unterschiedlich reagiert: Setzt die Union seit der hessischen Landtagswahl vom Januar 2008 auf einen verschärften Konfrontationskurs, steht es nach einer erbittert geführten innerparteilichen Auseinandersetzung den Landesverbänden der SPD nunmehr grundsätzlich frei, auch die Partei „DIE LINKE.“ in Koalitionsüberlegungen einzubeziehen. Auf Bundesebene soll aber eine Zusammenarbeit weiterhin nicht in Betracht kommen. Ganz ähnlich nimmt sich die gewandelte Haltung von Bündnis90/Die Grünen aus: So erklärten die beiden designierten Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2009 im März 2008, dass prinzipiell in allen Bundesländern eine „rot-rot-grüne“ Koalition denkbar sei und man der Linkspartei mitunter näher stehe als der FPD.

Inhalt

1.	Einleitung	4
2.	Die Fusion von PDS und WASG zur Partei „DIE LINKE.“	5
3.	Die programmatische Entwicklung	7
4.	Die Linkspartei und ihre Wähler	10
5.	Das Verhältnis zu den im Bundestag vertretenen Parteien	13
6.	Literaturverzeichnis	15

1. Einleitung

Die Bundestagswahl vom 22. September 2002 führte die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) in eine existenzielle Krise: Nachdem sie im Jahr 1998 erstmals bei Bundestagswahlen die Fünfprozentmarke übersprungen hatte und mit 36 Mandaten in den Bundestag eingezogen war, verlor die PDS 1,1 Prozent der Zweitstimmen und erreichte nur noch 4 Prozent. Im Gegensatz zu den Bundestagswahlen von 1990 und 1994 gelang es ihr 2002 nicht, drei Direktmandate zu erringen und derart den Verlust des Fraktionsstatus durch den Einzug in Gruppenstärke zu kompensieren. In der 15. Legislatur mit nur zwei Mandaten vertreten, war sie am 22. September 2002 de facto aus dem Bundestag ausgeschieden. Das Projekt einer sozialistischen Partei gesamtdeutschen Zuschnitts schien gescheitert, zumal die Mehrheit der Wahlforscher das Abschneiden der PDS nicht den situativen Besonderheiten der Bundestagswahl 2002, sondern einer Reihe von strukturellen Mängeln der Partei geschuldet sah, die sie auf absehbare Zeit marginalisieren würden.

Vor diesem Hintergrund überraschte das überaus erfolgreiche Abschneiden der PDS bei gesamtdeutschen Wahlen nur drei Jahre später nicht wenige Beobachter. Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 erreichte die Partei, die sich zwischenzeitlich im Vorgriff auf die Fusion mit der WASG in „Die Linkspartei.PDS“ umbenannt hatte, mit 8,7 Prozent ihr mit Abstand bestes Ergebnis. Mit insgesamt 53 Sitzen rangiert „DIE LINKE.“ im 16. Deutschen Bundestag hinter der FDP als größte Oppositionsfraktion. 2007 zog die Linkspartei zudem erstmals in einen westdeutschen Landtag ein. Derzeit ist die „DIE LINKE.“ in 11 Landesparlamenten in Fraktionsstärke vertreten und wird – darf man auf die Prognosen der Demoskopien vertrauen – auch bei den im Jahr 2009 anstehenden Wahlen Erfolge feiern.

Angesichts dieser Entwicklung stellt sich die Frage, ob die „DIE LINKE.“ inzwischen zu einer „normalen“ politischen Kraft in der Bundesrepublik geworden ist und sich dauerhaft im Parteiensystem der Bundesrepublik etablieren konnte. Hat die Partei hierzu in den letzten Jahren einen programmatischen Transformationsprozess durchlaufen und entspricht die öffentliche Wahrnehmung der Partei ihren programmatischen Zielen und ihrer inneren Verfasstheit? Wer wählt die Partei und mit welcher Haltung haben die anderen im Bundestag vertretenen Parteien auf die Herausforderung der Partei „DIE LINKE.“ reagiert?¹

1 Die Ausarbeitung knüpft mit ihren Fragestellungen sowohl chronologisch als auch inhaltlich an eine Untersuchung des Fachbereiches WD 1 an, die im September 2002 zur Entwicklung der PDS seit der Bundestagswahl 1998 vorgelegt worden ist.



2. Die Fusion von PDS und WASG zur Partei „DIE LINKE.“

Als sich am 16. Juni 2007 auf einem Gründungsparteitag in Berlin die Linkspartei.PDS und die WASG zur Partei „DIE LINKE.“ zusammenschlossen, fand ein mehr als zwei Jahre währender Fusionsprozess seinen Abschluss, dessen Erfolgchancen von manchem Beobachter ursprünglich als gering beurteilt worden waren. Zu ungleich schienen PDS und WASG, die nach ihren Entstehungsgründen, Traditionen und Zielen divergierten und deren Mitglieder und Wähler zudem eindeutig geographisch nach Ost und West unterscheidbar waren².

Rein rechtlich betrachtet handelte es sich bei der PDS um die unmittelbare Nachfolgerin der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die im Zuge des Zusammenbruchs der DDR ihren Namen im Dezember 1989 zunächst durch den Zusatz „Partei des Demokratischen Sozialismus“ ergänzte und schließlich im Februar 1990 ganz in PDS umwandelte. Dieser Name hatte bis zum 17. Juli 2005 Bestand, als sich die Partei im Vorgriff auf die angestrebte Fusion mit der WASG in „Linkspartei“ – optional mit dem Zusatz „PDS“ - umbenannte. Die PDS respektive Linkspartei.PDS zählte zuletzt knapp 60.000 Mitglieder, die ihr mehrheitlich schon zu Zeiten der SED angehört hatten³.

Schon mit der Bundestagswahl 2002, bei der die PDS im Westen nur 1,1 Prozent der Zweitstimmen errang, musste sich ihre Parteiführung eingestehen, dass die seit langem verfolgte Ausdehnung auf die alten Bundesländer gescheitert war. Im Gefolge der dann einsetzenden Sozialreformen der damaligen Regierung Schröder verzeichnete die PDS zwar bei Landtagswahlen einen deutlichen Zulauf, profitierte von dieser Entwicklung aber insbesondere in den neuen Bundesländern, während sie im früheren Bundesgebiet kaum an Boden gewann. Kurz vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 konstatierte Gregor Gysi in einem Interview mit dem Tagesspiegel resigniert: „Ich mache mir keine Illusionen mehr: Absehbar werden wir im Westen keine ausreichende Bedeutung haben“⁴.

Mit einem Zweitstimmenanteil von nur 0,9 Prozent schien der Ausgang der Landtagswahl diese düstere Prognose nicht nur eindrucksvoll zu bestätigen, sondern die PDS sah sich darüber hinaus auch zum ersten Mal mit der gefährlichen Entwicklung konfrontiert, dass sich die linken Kritiker sozialdemokratischer Sozialpolitik nicht in den eigenen

2 An wissenschaftlichen Untersuchungen zum Fusionsprozess der beiden Parteien herrscht kein Mangel. Vgl. aus der umfangreichen Literatur insbesondere: Lang, J., Eine neue Linke? Die Fusionsbestrebungen von PDS und WASG, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 18 (2006), S. 171-188 und Neu, V., Die Fusion von PDS und WASG, Berlin 2007.

3 Zur Entwicklung der Mitgliederstruktur der PDS vgl. Jesse, E. und Lang, J., Die Linke, München 2008, S. 169-174.

4 Zit. „Die PDS kommt im Westen nicht an“, in: Der Tagesspiegel, Berlin, S. 4



Reihen sammelten, sondern eine neue Organisation gegründet hatten, die in unmittelbarer programmatischer Konkurrenz zur PDS stand.

Dementsprechend distanziert fielen die erste Reaktionen der PDS auf den ungeliebten Neuling aus, der sich am 3. Juli 2004 unter dem Namen „Die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) zunächst in Vereinsform als Zusammenschluss der vor allem in den alten Ländern aktiven „Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit“ (ASG) sowie der Berliner „Wahlalternative 2006“ und dann am 7./8. Mai in Dortmund auch als Partei gegründet hatte und zuletzt rund 11.500 Mitglieder zählte.

Die Abneigung der PDS gegen die WASG beruhte durchaus auf Gegenseitigkeit. So hatte letztere eine bestimmte Vorstellung von Sozialstaatlichkeit, die sie im Rahmen des vorgegebenen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu verwirklichen suchte, während sich die PDS zum Sozialismus bekannte. In den Augen nicht weniger westlicher Mitglieder trug die PDS zudem das Odium der SED-Nachfolgerin oder galt primär als ostdeutsche Partei. Zudem wurde ihr mit Hinweis auf die Beteiligung an den Regierungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin der Vorwurf der „neoliberalen“ Politik gemacht, der insbesondere in Berlin dazu führte, dass sich die WASG als Gegenründung zur PDS verstand: Hatte doch in den Augen ihrer Mitglieder die PDS, als das von ihr mitregierte Berlin im Bundesrat den Hartz IV-Reformen seine Zustimmung gab, ihre sozialen Ziele verraten⁵.

Vor dem Hintergrund dieser Differenzen machte erst der Ausgang der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 die Fusion beider Parteien möglich und wirkte in zweifacher Hinsicht als Katalysator: Zum einen setzte die Ankündigung der SPD, nach ihrer Niederlage in Nordrhein-Westfalen im Bund vorgezogene Neuwahlen anzustreben, die WASG hinsichtlich ihrer beabsichtigten Teilnahme an der nächsten Bundestagswahl unter einen nicht zu erfüllenden Zeitdruck. Zum anderen musste sich die Parteiführung der Wahlalternative eingestehen, dass es ihr auch unter den sehr günstigen Bedingungen, die in Nordrhein-Westfalen für sie bestanden hatten, lediglich gelungen war, 2,2 Prozent der Zweitstimmen zu erringen⁶. Um bei der nächsten Bundestagswahl erfolgreich bestehen zu können, wurde deshalb schon im Juni 2005 zwischen den Parteiführungen der WASG und der PDS ein grundsätzlicher Konsens über einen Antritt als gemeinsames Linksbündnis erreicht⁷.

5 Nachtwey, O., Im Westen was Neues: die Entstehung der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit, in: Spier, T. (Hg.) u.a., Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft, Wiesbaden 2007?, S. 157-159.

6 Vgl. Olsen, J., The Merger of the PDS and WASG, in: German Politics 16 (2007), S. 208f.

7 Zur Chronologie des Fusionsprozesses vgl. auch die von WD 1 erarbeitete Ausgabe Nr. 38/07 des Aktuellen Begriffs: „Die Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG zur Partei „DIE LINKE.“.

Da eine Listenverbindung mehrerer Parteien, mit der die Wirkung der Fünf-Prozent-Sperrklausel durchbrochen werden kann, nach dem Bundeswahlrecht nicht zulässig ist, verzichtete die WASG auf eine eigene Teilnahme an der Bundestagswahl, während die Linkspartei.PDS im Gegenzug Mitglieder der WASG auf ihre Listen aufnahm – ein Vorgehen, das später vom Wahlprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages nicht beanstandet wurde.⁸

Auf parallel tagenden Bundesparteitagen in Dortmund stimmten die Delegierten beider Parteien schließlich am 24./25. März 2007 mit großer Mehrheit gleichlautenden Gründungsdokumenten (Programmatische Eckpunkte, Satzung und Finanzordnung) sowie dem „Verschmelzungsvertrag“ zu⁹. Nicht weniger deutlich fiel das Ergebnis der erforderlichen Urabstimmungen in beiden Parteien aus, auch wenn sich auf Seiten der WASG mit 49,8 Prozent nur knapp die Hälfte der Mitglieder an dieser Abstimmung beteiligte. Am 16. Juni 2007 fand schließlich der eigentliche Gründungsparteitag der Partei „DIE LINKE.“ statt, auf dem ein paritätisch besetzter Parteivorstand sowie Lothar Bisky und Oskar Lafontaine zu gleichberechtigten Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren gewählt wurden. Mit über 70.000 Mitgliedern rangiert „DIE LINKE.“ derzeit hinter der CDU, SPD und CSU als nach Mitgliedern viertstärkste Partei.

3. Die programmatische Entwicklung

Die Urteile der politischen Wissenschaft über den Charakter und die Programmatik der PDS respektive der Partei „DIE LINKE.“ fallen sehr unterschiedlich aus. Wird insbesondere in der internationalen Forschung die Auffassung vertreten, dass es sich bei der LINKEN inzwischen um eine „normale“ Partei handele, die sich von einer kommunistischen Staatspartei zu einer Repräsentantin des demokratischen Sozialismus gewandelt habe, so gehen deutsche Forscher allenfalls von einem ambivalenten Verhältnis zu Demokratie und Verfassung der Bundesrepublik aus¹⁰. Zweifel an der freiheitlich demokratischen Gesinnung der Partei „DIE LINKE.“ hegen sowohl das Bundesamt für Ver-

8 Der Deutsche Bundestag hat einen entsprechenden Einspruch gegen die Gültigkeit seiner Wahl am 18. Januar 2007 zurückgewiesen – vgl. Drucksache 16/3900 –, gleichwohl aber angeregt, für künftige Bundestagswahlen nähere Vorgaben für die Parteizugehörigkeit von Listenbewerbern zu machen.

9 Um mit Blick auf die ungleichen Mitgliederzahlen Befürchtungen in der WASG vor einer „Übernahme“ durch die PDS zu begegnen, garantiert die Satzung der LINKEN den ehemaligen Mitgliedern der WASG für eine lange Übergangsphase beachtliche Minderheitenrechte, zu denen insbesondere eine - gemessen an ihrer Mitgliederzahl - überproportionale Repräsentation der WASG auf Parteitagen zählt.

10 Einen konzisen Überblick über den Forschungsstand geben: Jesse, E., und Lang, J., Die Linke, München 2008, S. 28-32.



fassungsschutz als auch die Mehrheit der Verfassungsschutzbehörden der Bundesländer, von denen elf die Partei beobachten¹¹.

Innerhalb der PDS führten große weltanschauliche Unterschiede und Gegensätze nach 1998 zu einer erbittert geführten Kontroverse über die programmatische Ausrichtung, so dass es erst der durch die Bundestagswahl 2002 eingeleiteten Krise bedurfte, damit sich die Partei unter ihrem neuen Vorsitzenden Lothar Bisky auf dem Chemnitzer Parteitag am 25./26. Oktober 2003 ein neues Grundsatzprogramm geben konnte. Vier Jahre später gab die Partei „DIE LINKE.“ sich mit den „Programmatischen Eckpunkten“ auf ihrem Gründungsparteitag am 16. Juni 2007 ein Gründungsprogramm, das an die Grundsätze der PDS von 2003 anknüpfte.

Verfolgte schon die PDS weitreichende Ziele, so strebt auch „DIE LINKE“ nichts weniger als die Transformation der bestehenden Gesellschaft in ein „sozialistisches“ Gemeinwesen an. Ohne Zweifel steht dieses Ziel der Partei zu den Werten und Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates in einem Spannungsverhältnis, was auch vergleichsweise offen von ihrem Vorsitzenden artikuliert wird. So rief Lothar Bisky, den Teilnehmern des 10. Parteitages der Linkspartei unmittelbar vor der Gründung der Partei „DIE LINKE.“ zu: „Ja, wir diskutieren [...] immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse und auch das unterscheidet eine neue Partei links von der Sozialdemokratie in Deutschland von anderen. Kurz gesagt: Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – wir stellen die Systemfrage“¹².

Blickt man auf die Mittel, mit denen die sozialistische Gesellschaftsordnung verwirklicht werden soll, so ist nicht zu verkennen, dass Teile der Partei zur repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik auf Distanz gehen. Ihren Ausdruck findet diese Abneigung gegenüber dem Parlamentarismus in der großen Bedeutung, die schon die PDS und nun auch „DIE LINKE.“ dem „außerparlamentarischen Kampf“ um den gesamtgesellschaftlichen Wandel beimaß respektive beimisst und die sich aus der Auffassung ableitet, dass auch der demokratische Rechtsstaat letztlich ein Instrument in den Händen kapitalistischer Kräfte sei. Zu den integralen Bestandteilen der Partei gehören deshalb eine ganze Reihe von Zusammenschlüssen, die als Arbeitsgemeinschaften, Plattformen und Foren innerhalb der Partei bestimmte Strömungen repräsentieren, sich gemäß der Satzung eine eigene Programmatik geben können und den Kontakt zu zahlreichen ge-

11 In Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Schleswig-Holstein wird die Partei nicht beobachtet. Auch das Saarland stellte die Überwachung jüngst ein.

12 Zit. Bisky, L., Wir sind gekommen um zu bleiben. Rede des Vorsitzenden der Linkspartei.PDS, in: http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt1003/view_html/zid35922/bs1/n0.



sellschaftlichen Gruppen halten¹³. Nicht zuletzt diese innerparteilichen Zusammenschlüsse tragen maßgeblich zum heterogenen, gar vieldeutigen Erscheinungsbild der Partei „DIE LINKE.“ bei. Einzelne von ihnen werden als „offen extremistische Zusammenschlüsse“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz und den Verfassungsschutzbehörden der Länder beobachtet.

Angesichts einer zunehmenden Präsenz der Partei in den Parlamenten der Länder und im Deutschen Bundestag haben die innerparteilichen Zusammenschlüsse zwar in den letzten Jahren an Einfluss und Bedeutung verloren, da die Fraktionen der Partei „DIE LINKE.“ mehr und mehr die praktische politische Arbeit bestimmen. Gleichwohl gibt es aber noch immer einzelne Zusammenschlüsse, die im Willensbildungsprozess der Partei eine bedeutende Rolle spielen. So demonstrierte beispielsweise die Kommunistische Plattform (KPF) zuletzt ihren innerparteilichen Einfluss, als sie mit Hilfe einer Unterschriftensammlung eine Distanzierung des Bundesvorstandes von den PDS-Abgeordneten erzwang, die im Februar 2006 der Kuba-Resolution des Europäischen Parlaments zugestimmt hatten, in der die Menschenrechtsverletzungen der kubanischen Diktatur kritisiert wurden.

Die Ablehnung, mit der „DIE LINKE.“ dem Parlamentarismus der Bundesrepublik begegnet, findet in den „Programmatischen Eckpunkten“ ihren Niederschlag etwa in der Forderung nach „Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechten“ für eine ganze Reihe nicht-staatlicher Organisationen, von denen die Partei annimmt, dass ihre Interessen denen des Kapitalismus entgegengesetzt sind¹⁴. Schon in den programmatischen Einlassungen der PDS wurde die Auffassung vertreten, dass der Kapitalismus eine demokratische Gestaltung der Gesellschaft verhindere und es deshalb Aufgabe der sozialistischen Linken sein müsse, mit Hilfe zivilgesellschaftlicher Kräfte eine „Demokratisierung der Demokratie“ anzustreben, die erst die „wirklichen“ und „wahren“ Interessen des Volkes zur Geltung bringen könne¹⁵.

13 Nach einem Beschluss des Parteivorstandes vom 28. Januar 2008 erfüllen derzeit 19 dieser innerparteilichen Zusammenschlüsse die Bestimmungen der Satzung und werden damit als bundesweite Zusammenschlüsse anerkannt. Sie entsenden nach einem bestimmten Schlüssel zusätzliche Delegierte zu den Parteitag und werden von der Partei finanziell unterstützt.

Darüber hinaus gibt es weitere 19 Zusammenschlüsse, die derzeit nicht den Kriterien der Satzung entsprechen und über deren Anerkennung noch nicht entschieden wurde. Eine Liste der innerparteilichen Zusammenschlüsse findet sich unter: <http://die-linke.de/partei/zusammenschluesse/> und http://die-linke.de/partei/weitere_strukturen/weitere_zusammenschluesse/.

14 Namentlich nennen die „Programmatischen Eckpunkte“ Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen sowie die Gewerkschaften. Vgl. Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei die Linke, S. 11 unter <http://die-linke.de/nc/service/download/dokumente/>.

15 Vgl. Neu, V., Das neue PDS-Programm aus dem Jahr 2003, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 16 (2004), S. 163f.

Nach Ansicht der Extremismusforscher Eckhard Jesse und Jürgen P. Lang läuft in den „Programmatischen Eckpunkten“ die Präsenz der Partei „DIE LINKE.“ in den Parlamenten deshalb nicht primär auf die Übernahme politischer Verantwortung hinaus – wozu sich die PDS in ihrem Chemnitzer Programm noch bekannt habe – vielmehr suche die Partei die Parlamente als Plattform zu instrumentalisieren, um das öffentliche Interesse auf sich zu lenken. Die Mobilisierung außerparlamentarischen Widerstands, der in der politischen Praxis der PDS in den Hintergrund gerückt sei, scheine damit bei der LINKEN wieder in den Vordergrund zu treten, was ihren Charakter als Protestpartei akzentuiere¹⁶.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund sprechen Kenner des Untersuchungsgegenstandes von „vielfältigen Anzeichen einer stärkeren Radikalisierung“¹⁷ und einer deutlichen Ausprägung der „extremistischen Grundrichtung“¹⁸ in der programmatischen Entwicklung von der PDS zur Partei „DIE LINKE.“

4. Die Linkspartei und ihre Wähler

Unter den Wahlforschern besteht allgemein Konsens, dass es der Linkspartei bei der letzten Bundestagswahl gelungen ist, in Wählerschichten vorzudringen, die ihr bislang verschlossen waren¹⁹.

Betrachtet man das Resultat der Linkspartei vom 18. September 2005 zunächst unter geographischen Aspekten, so wird der gewandelte Zuspruch, den die Linkspartei erfahren hat, sehr deutlich: Erreichte die PDS 2002 nur 1,1 Prozent der Zweitstimmen im Westen, so errang die Linkspartei 2005 im früheren Bundesgebiet schon unerwartete 4,9 Prozent. In zahlreichen westdeutschen Bundesländern übersprang sie zudem die Fünfprozentmarke; im Saarland konnte sie sogar über 18 Prozent gewinnen. Mit 25,3 Prozent der Zweitstimmen steigerte sie auch im Osten ihr Resultat nochmals deutlich und lag dort mit der CDU nun gleich auf. Insgesamt entfielen auf die Linkspartei rund 4,12 Millionen oder 8,7 Prozent der Zweitstimmen²⁰.

Hatte sich mit der Bundestagswahl 2005 bereits angedeutet, dass die Linkspartei auch in den alten Bundesländern Fuß zu fassen begann, so setzte sich dieser Trend in der Folge

16 Vgl. Jesse, E., und Lang, J., Die Linke, München 2008, S. 196f.

17 Zit. Neu, V., Die Sonne geht im Westen auf, Berlin 2007, S. 11.

18 Zit. Jesse, E. und Lang, J., Die Linke, München 2008, S. 212.

19 Vgl. Falter, J. und Schoen, H., Die Linkspartei und ihre Wähler, in: APuZ 51/52 (2005), S. 35 und Neu, V. Analyse der Bundestagswahl 2005, Sankt Augustin, Berlin 2006, S. 26f.

20 Vgl. Jesse, E., Parteisystem im Wandel?, in: Jesse, E., und Sturm, R., Bilanz der Bundestagswahlen 2005, München 2006, S. 34.

ungebrochen fort: Bei der Bremer Landtagswahl am 13. Mai 2007 errang sie 8,4 Prozent der Zweitstimmen und zog zum ersten Mal in ein westdeutsches Landesparlament ein. Konnte dieses Abschneiden der Linkspartei von Skeptikern noch als singulärer, den spezifischen Bedingungen eines Stadtstaates geschuldeter Erfolg verstanden werden, so stellte die „DIE LINKE.“ mit den Landtagswahlen in Hessen (5,1 Prozent) und Niedersachsen (7,1 Prozent) am 27. Januar 2008 unter Beweis, dass ihr auch in westdeutschen Flächenländern der Sprung über die Fünfprozentmarke gelingt.

Die Betrachtung der Wählerwanderungsbilanz der Bundestagswahl 2005 – vergleichbares gilt für die genannten Landtagswahlen²¹ – macht deutlich, dass die neuen Wähler der Linkspartei insbesondere aus den Reihen ehemaliger SPD- und Nichtwähler stammen. Aus beiden Quellen flossen ihr bei der Bundestagswahl 970.000 respektive 430.000 Wähler zu, was einem Anteil von rund 23 bzw. 10 Prozent ihrer Zweitstimmen entspricht. Deutlichen Zuspruch erlangte die Linkspartei auch aus den Lagern der Union und Bündnis90/Die Grünen. So konnten von den ehemaligen Wählern der CDU/CSU 280.000 und den Wählern der Grünen 240.000 Stimmen gewonnen werden. Allein die Wähler der Liberalen zeigten sich gleichgültig gegenüber den Werbungen der Linkspartei: Mit einem Wechsel von 100.000 Stimmen entsprach der Zustrom ehemaliger FDP-Wähler nur knapp 2,5 Prozent ihrer errungenen Zweitstimmen²².

Macht schon die Analyse der Wählerwanderungsbilanz deutlich, dass der Erfolg der Linkspartei im Jahr 2005 zu Lasten der SPD ging, so bestätigt sich dieser Eindruck im Rahmen einer nach Wahlkreisen differenzierenden Analyse. Zwar trug zum guten Abschneiden der Linkspartei entscheidend bei, dass sie auch in ländliche Regionen vorzudringen vermochte, in denen die PDS bislang nur auf geringe Resonanz gestoßen war. Doch besteht weiterhin ein – wenn auch aufgelockerter – Zusammenhang zwischen der Urbanität eines Wahlkreises und den Erfolgchancen der Linkspartei. Linkspartei und SPD sind damit zu Rivalen um ähnlich gelagerte Regionen geworden und konkurrieren seit der letzten Bundestagswahl zudem um Stimmen aus der selben sozialen Schicht: Kommen doch die Wahlforscher in ihren Analysen zu der Erkenntnis, dass die PDS überdurchschnittlich oft von Menschen mit hohen formalen Bildungsabschlüssen, von Beamten und Angestellten gewählt wurde, solange sich ihre Erfolge auf die neuen Bundesländer beschränkten. Dies änderte sich jedoch mit der Bundestagswahl 2005, da nun auch Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen, Arbeiter und Arbeitslose überdurchschnittlich oft der Linkspartei ihre Stimme gaben²³.

21 Vgl. Neu, V., Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 27. Januar 2008, Berlin 2008.

22 Vgl. Neu, V., Analyse der Bundestagswahl 2005, Sankt August, Berlin 2006, S. 16

23 Vgl. Falter, J. und Schoen H., Die Linkspartei und ihre Wähler, in: APuZ 51/52 (2005), S. 35f.

Nimmt man das Wahlverhalten ihrer neuen Wähler und deren gesellschaftliche Stellung zum Maßstab, so kann man mit Blick auf die alten Bundesländer durchaus mit Jürgen W. Falter in der Linkspartei eine „Ausgründung der SPD“²⁴ erkennen – zumal der Partei im Vorfeld der Bundestagswahl 2005 von den Wahlberechtigten in einem Politikfeld hohe Kompetenz bescheinigt wurde, das für die Sozialdemokraten traditionell hohe, gar identitätsstiftende Bedeutung besitzt. So erkannten knapp 10 Prozent der Wahlberechtigten in der Linkspartei die Garantin sozialer Gerechtigkeit und für 61 Prozent ihrer Wähler war soziale Gerechtigkeit respektive die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates das mit Abstand bedeutendste Thema. Hinzu trat ferner, dass die Linkspartei nach Auffassung vieler Wähler mit Oskar Lafontaine und Gregor Gysi ein attraktives personelles Angebot unterbreitete – eine Tatsache, die durch den Umstand unterstrichen wird, dass die Linkspartei im Saarland über 18 Prozent der Zweitstimmen gewinnen konnte.

Grundsätzlich fiel die Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl entsprechend der Kompetenzzuweisung aus. Sehen aber Wahlberechtigte bei keiner Partei die Lösung für ein bestimmtes Problem, stimmen sie merklich häufiger für die Linkspartei. Dementsprechend gaben 70 Prozent der Befragten vor der Wahl an, dass sie die Partei aus Protest unterstützen würden.

Ferner konnte bei der letzten Bundestagswahl auch beobachtet werden, dass sich die Linkspartei im Urteil der Wähler zunehmend als gesamtdeutsche Partei ausnimmt, deren Programmatik sich nicht grundsätzlich von der anderer im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien unterscheidet. Zwar erkannten im September 2005 noch 54 Prozent der Wähler in der Linkspartei vor allem eine Repräsentantin ostdeutscher Interessen, drei Jahre zuvor hatte dieser Wert aber noch bei 66 Prozent gelegen. Der Auffassung, bei der Linkspartei handele es sich um eine ganz „normale“ Partei, stimmten 52 Prozent aller Wähler und 45 Prozent der Westdeutschen zu²⁵.

Zusammenfassend bleibt zu konstatieren, dass zahlreiche Wähler bei der letzten Bundestagswahl zur Linkspartei.PDS wechselten, weil sie ihre Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit am ehesten dort vertreten sahen und ihnen mit Oskar Lafontaine und Gregor Gysi ein in ihren Augen attraktives personelles Angebot gemacht wurde. Da sowohl das Führungspersonal einer Partei als auch die den politischen Diskurs bestimmenden Themen einem raschen Wandel unterliegen, kann nicht als gesichert gelten, dass die Linkspartei bei der nächsten Bundestagswahl ihren Erfolg von 2005 zu erneuern vermag. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang allerdings, dass sozialpolitische Themen die politische Agenda absehbar auch in den nächsten Jahren bestimmen wer-

24 Zit. Falter, J. und Schoen, H., Die Linkspartei und ihre Wähler, in: APuZ 51/52 (2005), S. 37.

25 Vgl. Neugebauer, G. und Stöss, R., Die Partei Die Linke, in: Niedermayer, O. (Hg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2008, S. 162f.



den. Inwieweit sich diese Konjunktur bei der nächsten Bundestagswahl in einem weiteren Stimmenzuwachs für die Linkspartei manifestiert, wird nicht zuletzt vom Handeln der anderen Parteien bestimmt werden.

5. Das Verhältnis zu den im Bundestag vertretenen Parteien

In den neuen Bundesländern hat sich die Partei des Demokratischen Sozialismus frühzeitig und erfolgreich um eine politische Kooperation mit der SPD bemüht. Ihren Ausgang nahm diese Zusammenarbeit mit der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Jahr 1994, als die PDS im Rahmen des sogenannten „Magdeburger Modells“ zunächst ein rot-grünes, nach 1998 ein rein sozialdemokratisches Minderheitskabinett tolerierte. Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 1998 führten dann zum ersten Mal zu einer Koalition auf Landesebene, die in den Augen der PDS unverkennbar Modellcharakter trug und erst beendet wurde, als sich die SPD 2006 zu einer Koalition mit der CDU entschloss. Dem „Schweriner Modell“ folgte im Jahr 2002 eine SPD/PDS-Koalition in Berlin, die Bürgermeister Klaus Wowereit auch fortsetzte, als sich ihm nach der Landtagswahl 2006 die Möglichkeit einer Koalition mit den Grünen bot: Erstmals war damit die Linkspartei für einen Landesverband der SPD zum bevorzugten Koalitionspartner avanciert.

Da die Linkspartei bis zur Bremer Landtagswahl im Mai 2007 in keinem westdeutschen Landesparlament vertreten war, stellte sich für die Sozialdemokraten lange Zeit die Frage nach einer politischen Zusammenarbeit mit dieser Partei im früheren Bundesgebiet nicht. Erst der Ausgang der hessischen Landtagswahl im Januar 2008 warf dieses Problem – dann allerdings in aller Eindringlichkeit – auf. Mit der Möglichkeit vor Augen, den hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch abzulösen, rückte die Vorsitzende der SPD-Hessen, Andrea Ypsilanti, von ihrer im Wahlkampf mehrfach gegebenen Zusicherung, dass es nach der Landtagswahl keine Zusammenarbeit mit der Partei „DIE LINKE.“ geben werde, ab und strebte die Bildung eines Minderheitskabinetts nach Maßgabe des Magdeburger Modells an.

Ypsilantis Kurswechsel löste eine zum Teil erbittert geführte innerparteiliche Kontroverse aus, in deren Folge die SPD ihre Haltung zur Partei „DIE LINKE.“ neu bestimmte: Nach einem Beschluss des Parteivorstandes und des Parteirates vom 25. Februar respektive 3. März 2008 steht es den Landesverbänden der Partei nunmehr grundsätzlich frei, auch die Partei „DIE LINKE.“ in Koalitionsüberlegungen einzubeziehen. Auf Bundesebene soll aber eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei nach der Bundestagswahl 2009 weiterhin nicht in Betracht kommen.

Da die Partei Bündnis90/Die Grünen in den neuen Bundesländern bei Landtagswahlen in den vergangenen Jahren kaum die Fünfprozentmarke übersprang, besaß für sie – ähnlich wie für die westdeutschen Landesverbände der SPD – die Frage, ob man gegebenenfalls in einer Koalition mit der Linkspartei zusammenarbeiten wolle, lange Zeit rein hypothetischen Charakter. Auch für die Grünen wandelte sich diese Situation erst mit der hessischen Landtagswahl grundlegend. Zwar vermochte die Parteiführung im Vorfeld der Hamburger Landtagswahl im Februar 2008 eine grundsätzliche Auseinandersetzung um koalitionspolitische Optionen rasch zu unterbinden, doch zeichneten sich deutlich zwei Strömungen ab²⁶: Gilt einem Teil der Grünen die Linkspartei grundsätzlich als nicht koalitionsfähig, sehen neben dem hessischen Landesverband auch andere Teile der Partei in einer politischen Zusammenarbeit eine neue Machtoption. So erklärten die Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen, Renate Künast, und ihr Stellvertreter, Jürgen Trittin, in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung, dass prinzipiell in allen Bundesländern eine „rot-rot-grüne“ Koalition denkbar sei und man der Linkspartei näher stehe als der FDP²⁷. Zugleich schlossen aber sowohl Künast als auch Trittin, die im April 2008 auf einem kleinen Parteitag der Grünen zu Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2009 designiert wurden, eine Koalition mit der Partei „DIE LINKE.“ auf Bundesebene im Jahr 2009 aus.

Sowohl zur FDP als auch zur CDU/CSU bleibt das Verhältnis der Partei „DIE LINKE.“ angesichts fundamentaler politischer Differenzen seit Jahren distanziert. Seit der hessischen Landtagswahl, bei der nach Auffassung der Union eine schwarz-gelbe Mehrheit erst durch den Einzug der Partei „DIE LINKE.“ verhindert wurde, setzt die Union auf einen verschärften Konfrontationskurs, der u. a. von der Sorge getragen wird, dass nicht programmatische, sondern mit dem ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine allein persönliche Differenzen eine Koalition zwischen SPD und Linkspartei auf Bundesebene verhindern.

Der Generalsekretär der CDU Deutschlands, Ronald Pofalla, hat deshalb seine Partei in den vergangenen Monaten in einer Reihe von Interviews zu einer harten inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Partei „DIE LINKE.“ aufgefordert. Die Bundesgeschäfts-

26 So erteilt insbesondere die Bundesvorsitzende der Grünen, Claudia Roth, einer rot-rot-grünen Koalition eine klare Absage. Deutliche Bedenken hegt auch der Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Fritz Kuhn. Vgl. „Roth will nur Rot-Grün“, in: Leipziger Volkszeitung vom 6. 2. 2008.

27 Vgl. „Die Linkspartei ist uns näher als die FDP“, in: FAS vom 9. 3. 2008. Vgl. ferner „Im Gespräch: Jürgen Trittin über Rot-Rot-Grün und andere Bündnisoptionen der Grünen. ‚Ohne Linkspartei landet man notgedrungen bei der Ampelkoalition‘“, in: FAZ vom 5. 2. 2008. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen hatte sich schon im Vorfeld der Berliner Landtagswahlen im Jahr 2006 dafür ausgesprochen, ein rot-rot-grünes Bündnis zu erproben. Vgl. „Die Gurke im Tomatensalat“, in: TAZ vom 24. 7. 2006.



stelle der CDU hat inzwischen eine „Hintergrundseite“ zur Partei „DIE LINKE.“ eingerichtet, auf der sie umfangreiches Material zur Linkspartei zur Verfügung stellt²⁸.

6. Literaturverzeichnis

Bergsdorf, Harald, Die „neue Linke“: Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel, Bonn 2008.

Jesse, Eckhard, Parteiensystem im Wandel? Das deutsche Parteiensystem vor und nach der Bundestagswahl 2005, in: Jesse, Eckhard und Sturm, Roland (Hg.), Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, München 2006, S. 21-42.

Jesse, Eckhard und Lang, Jürgen P., Die Linke – der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008.

Koß, Michael, Durch die Krise zum Erfolg? Die PDS und ihr langer Weg nach Westen, in: Spier, Tim; Butzlaff, Felx; Micus, Matthias; Walter, Franz (Hg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 118-153.

Lang, Jürgen P., Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden 2003.

Lang, Jürgen P., Die doppelte Linke: eine Analyse der Kooperation von PDS und WASG, in: Deutschland-Archiv 39 (2006), S. 208-216.

Lang, Jürgen P., Eine neue Linke?: Die Fusionsbestrebungen von PDS und WASG, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 18 (2006), S. 171-188.

Neugebauer, Gero und Stöss, Richard, Die Partei Die Linke. Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem, in: Niedermayer, Oskar (Hg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2008, S. 151-199.

Moreau, Patrick und Schorpp-Grabiak, Rita, „Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit“. Die PDS: eine Bilanz, Baden-Baden 2002.

Nachtwey, Oliver, Im Westen was Neues: die Entstehung der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit, in: Spier, Tim; Butzlaff, Felx; Micus, Matthias; Walter, Franz (Hg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 155-184.

28 Vgl. http://www.cdu.de/archiv/2370_22698.htm

Nachtwey, Oliver und Spier, Tim, Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei, in: Spier, Tim; Butzlaff, Felix; Micus, Matthias; Walter, Franz (Hg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 13-69.

Neu, Viola, Analyse der Bundestagswahl 2005, Sankt Augustin, Berlin 2006 (Online-Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung).

Neu, Viola, Ist die PDS auf dem Weg nach „Godesberg“? Entwicklung der Programmdebatte, in: Die politische Meinung 46 (2001), S. 65-70.

Neu, Viola, Das Janusgesicht der PDS, Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus, Baden-Baden 2004.

Neu, Viola, Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 27. Januar 2008, Berlin 2008 (Online-Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung).

Neu, Viola, Das neue PDS-Programm aus dem Jahr 2003, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 16 (2004), S. 155-168.

Neu, Viola, Die Sonne geht im Westen auf: Die Fusion von PDS und WASG, Berlin 2007 (Online-Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung).

Neugebauer, Gero und Stöss, Richard, Die Partei die Linke. Nach der Gründung in des Kaisers neuen Kleidern? Eine politische Bedarfsgemeinschaft als neue Partei im deutschen Parteiensystem, in: Niedermayer, Oskar (Hg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2008, S. 151-199.

Olsen, Jonathan, The Merger of the PDS and WASG: From Eastern German Regional Party to National Radical Left Party?, in: German Politics 16 (2007), S. 205-221.

Peters, Tim, Antifaschismus und Sozialismus statt Demokratie und Marktwirtschaft. Extremistische Ansätze in der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik der Linkspartei.PDS, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 16 (2004), S. 301-320.

Prinz, Sebastian, Kontinuität und Wandel einer postkommunistischen Partei. Die programmatische Entwicklung der PDS, in: Jesse, Eckhard und Niedermeier, Hans-Peter (Hg.), Politischer Extremismus und Parteien, Berlin 2007, S. 343-362.

Schoen, Harald und Falter, Jürgen W., Die Linkspartei und ihre Wähler, in: APuZ 51/52 (2005), S. 33-40.

Walter, Franz, Eliten oder Unterschichten? Die Wähler der Linken, in: Spier, Tim; Butzlaff, Felix; Micus, Matthias; Walter, Franz (Hg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, 325-337.



Fachbereich WD 1, Die Vereinigung von Linkspartei.PDS und WASG zur Partei „DIE LINKE.“, in: Aktueller Begriff Nr. 38/07 vom 12. Juni 2007.

Fachbereich WD 1, Die Entwicklung der PDS seit der Bundestagswahl 1998, Ausarbeitung vom 13. September 2002.

Bundesministerium des Inneren, Verfassungsschutzberichte 2003-2007.